



Wahlprüfsteine Jazzinitiative Berlin e.V.

Antworten zu 1 bis 9:

Selbstverständlich haben Jazz und improvisierte Musik einen hohen Stellenwert im kulturellen Ganzen des Landes Berlin, dem auch entsprechend Rechnung getragen wird. Die drei unterschiedlichen Förderungsarten Künstlerförderung, Infrastrukturförderung und Kurtourförderung der bundesweiten Initiative Musik gGmbH erfährt im Land Berlin über die Projektförderung, die Tourneeförderung, die personengebundene Förderung und das Studioprojekt Jazz eine konsequente Entsprechung. Dieses Förderungsmodell hat sich nach liberalem Verständnis bewährt. Das gilt ebenso für die Auswahl der Antragsteller durch einen unabhängigen Beirat.

Das Modell der Trennung der Spartenförderung in projektbezogene Förderung sowie Künstlerförderung, die Zugangsbedingungen und die von der Politik unabhängigen Juryentscheide wurden von der FDP im Abgeordnetenhaus ausdrücklich mitgetragen. Was Einwände gegen den Sachverstand von Juroren betrifft: Diese werden aufgrund fachlicher Qualitäten ausgewählt und gewährleisten eine Objektivität, die ein politisches Gremium nicht haben kann. Das gilt in gleicher Weise für die Fachjuroren des Hauptstadtkulturfonds.

Über die Höhe der Fördersummen kann man immer diskutieren – Faktum ist, dass alle Bereiche des Kulturhaushaltes einer strengen Ausgabendisziplin unterliegen. Faktum ist auch, dass die Kulturverwaltung 27 Förderprogramme im Bereich der Kunst- und Künstlerförderung mit jährlich ca. 20 Millionen Euro unterhält. Da der Bundesbeauftragte für Kultur und Medien und die Musikwirtschaft selbst sich eindrucksvoll finanziell engagieren, werden wir Liberale auf Landesebene die Mittelzuweisung in den kommenden Haushaltsberatungen sicher nicht erhöhen. Ein Aufwuchs ist hier wie in allen anderen Sparten der freien Szene politisch nicht verantwortbar.

Zur Unterstützung von Förderanträgen bei der Initiative Musik gGmbH: Die Initiative Musik gGmbH als Fördereinrichtung der deutschen Musikwirtschaft, GEMA/GEMA-Stiftung, Deutscher Musikrat e.V. und der Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten (GVL) ist keine Einrichtung des Landes Berlin. Hier gibt es aber Kooperationen, die sinnvoll sind und die wir weiterführen werden. Wichtig ist es, Synergien zu schaffen und Doppelförderungen zu vermeiden.

Berlin ist kein Bundesland mit akutem Handlungsbedarf, wie die aktuelle Studie zur Lage der Musik-Spielstätten belegt. Die drei Kritikpunkte der Studie Netzbildung, Vermarktungsaktivitäten und Kostenbewusstsein zeigen aber eindrucksvoll, dass finanzielle Förderung allein nicht reicht. Netzwerke sind entscheidend. Sie bestehen bereits, müssen aber wie in allen anderen Bereichen der Kultur- und Kreativwirtschaft auch intensiviert und ausgeweitet werden.

Die Qualifizierung der KMUs in Bezug auf betriebswirtschaftliches Wissen und Professionalisierung des Marketings – beide sollten den dritten Punkt, nämlich ein steigendes Kostenbewusstsein implizieren – ist für uns Liberale in allen Bereichen der Kreativwirtschaft zentral. Nicht so sehr mangelnde Finanzierungsmöglichkeiten über Mikrokredite der Förderbanken des Bundes/des Landes sind problematisch, sondern die mangelhafte Marktfähigkeit vieler Akteure. Die Vernetzung der Anbieter untereinander kann zudem nicht nur Know-How generieren, sondern auch dazu führen, gemeinsam Kosten zu senken. Unterstützung in Bezug auf Netzwerkverstärkung, Qualifizierungsprogramme und Spezifizierungen von Mikrokrediten für KMUs sind politische Notwendigkeiten. Diese Weichen müssen wir stellen, um die Bedeutung des Clusters Kultur- und Kreativwirtschaft in Berlin für die Zukunft zu stärken. In dieser Form Anregungen für den Markt zu geben, hat der Senat versäumt.

Antwort zu 10:

Die Stärkung der Musikschulen und der Musikvermittlung in Schulen ist eine zentrale liberale Forderung. Hierzu gehört auch die Einbeziehung außerschulischer Institutionen und Personen in den Unterricht. Neue Wege müssen beschritten werden, die Musiker und auch Bildende Künstler stärker in die schulische Bildungsarbeit einbezieht. Diese Forderung haben wir bei der Diskussion um das Rahmenkonzept für die Kulturelle Bildung gestellt. Auch darf der Bildungsschwerpunkt MINT nicht die allgemeine kulturelle und spezifische musische Ausbildung und Bildung gefährden. Das gilt in gleicher Weise für die Musikhochschulen und deren Ausbildungsgänge.

Antwort zu 11:

Das bestehende Urheberrecht bemüht sich Abgabeformen zu schaffen, die den jeweiligen künstlerischen Bedingungen gerecht werden. Das Urheberrecht hat sowohl in der analogen wie auch in der digitalen Welt eine Schlüsselfunktion. Die FDP unterstützt die kollektive Wahrnehmung von Urheber- und Leistungsschutzrechten durch Verwertungsgesellschaften, fordert allerdings von diesen effiziente und transparente Strukturen. Um einheitliche Rahmenbedingungen zu schaffen, fordern wir ein europäisches Wahrnehmungsrecht als verbindliche Grundlage für die Wettbewerbsförderung unter den europäischen Verwertungsgesellschaften.

Antwort zu 12:

Kriterium für Juroren muss die fachliche Qualifikation sein, um eine möglichst große Distanz zur politischen Ebene zu schaffen und Unabhängigkeit zu gewährleisten.